

Kopie für das Eidgenössische Politische Departement, Verwaltungs-  
angelegenheiten, ad a.B.21.216.A.O.

zur gefl. Kenntnisnahme

17. April 1948

A/Hr.

VERTRAULICH

ad p.B.75.1.2.- HM

Herr Minister,

Ihr Schreiben vom 5. April ist mir am 16. dieses Monats zugekommen. Sie teilten mir darin mit, dass laut Meldung des "Dagens Nyheter" die Russen nunmehr eine diplomatische Mission Schwedens in Berlin de jure anzuerkennen bereit seien, und ersuchten mich um Stellungnahme zu dieser Nachricht.

Es ist Ihnen bekannt, dass Schweden seit März 1947 ein Konsulat in Berlin unterhält. Wie ich Ihnen am 5. April vorigen Jahres meldete, ist das Konsulat mit der Zustimmung der Amerikanischen Militärregierung in Deutschland errichtet worden. In der Folge hat es nach meinen Informationen auch vom CCG, d.h. der Britischen Militärregierung, die Zulassungsbewilligung erhalten. Dagegen ist es, wie ich erfahre, bis heute weder von den Franzosen noch von den Russen amtlich anerkannt worden. Die SMA scheint zur Zeit auch nicht gewillt zu sein, ausländische Konsulate auszulassen, sofern sie nicht Organe einer beim Kontrollrat akkreditierten Militärmission sind. Die Meldung des "Dagens Nyheter" dürfte sich demnach nicht auf die Normalisierung des Statuts des schwedischen Konsulats gegenüber der SMA beziehen. Dagegen steht sie wohl im Zusammenhang mit der Frage der Errichtung weiterer ausländischer Missionen in Berlin, die in der Kontrollrats-sitzung vom 20. Februar erörtert wurde und über die ich Ihnen am 26. Februar berichtete. Auch Schweden gehört bekanntlich zu den Ländern, die seit langem die Akkreditierung einer Vertretung beim Kontrollrat beantragt haben. Der Verwirklichung dieser Absicht stehen indessen noch Schwierigkeiten entgegen. Schweden hat gegenüber der Schweiz und den andern Ländern, die ein bezügliches Gesuch gestellt haben, keinen Vorsprung. Die Angelegenheit hat seit meinem Bericht vom 26. Februar keine nennenswerten Fortschritte gemacht, da,

An das  
Eidgenössische Politische Departement,  
Politische Angelegenheiten,  
B e r n .

/.

- 2 -

wie Sie wissen, seit dem 20. März die Tätigkeit des Kontrollrates und der ihm unterstellten Viermächte-Komitees und -Kommissionen ruht. Das Politische Direktorat, dem der Kontrollrat die Frage der Zulassung weiterer Auslandsvertretungen in Berlin zur Prüfung überwies, hat sich damit bisher noch nicht befasst und ist seit dem 20. März nicht mehr zusammengetreten. Wann es wieder Sitzungen abhalten wird, ist unsicher und hängt davon ab, ob und wann der Kontrollrat seine Tätigkeit wieder aufnehmen wird.

Die Stellungnahme der Westalliierten zur Errichtung neuer Missionen in Berlin ist bekannt. Sie sind bereit, nicht nur der Schweiz, sondern auch Schweden, der Türkei, Ägypten, dem Vatikan und noch andern Ländern, die die Anträge durch ihre Vermittlung geleitet haben, Vertretungen beim Kontrollrat zuzugestehen. Sie scheinen nunmehr auch gewillt zu sein, die von den Russen unterstützten Gesuche Bulgariens, Rumäniens und Ungarns zu genehmigen, sofern die Sowjetische Militärregierung die von ihnen vorgeschlagenen Missionen zulässt. Mr. Riddleberger, der Leiter der Politischen Abteilung im OMGUS, erklärte mir unlängst, mit Bezug auf die Schweiz, wie übrigens auch auf Schweden, werden unter den vier Mächten unschwer Einigkeit erzielt werden. Trotz des Verständnisses für das besondere Interesse unseres Landes an der Errichtung einer amtlichen Vertretung beim Kontrollrat könne die Amerikanische Militärregierung jedoch unsern Antrag nicht gesondert behandeln, sondern müsse aus Korrektheit gegenüber den Staaten, die auf ihre Unterstützung abstellen, darauf bestehen, dass alle Gesuche gleich und gemeinsam berücksichtigt werden.- Ähnlich hat sich auch Herr Gribanow, einer der leitenden Beamten der Politischen Abteilung der SMA, vor zwei Tagen zu mir geäußert. Er sagte, das russische Oberkommando in Deutschland sei bereit, den Antrag der Schweiz zu genehmigen. Er fügte hinzu, dass bekanntlich noch andere Gesuche hängig seien. Ob schon es nicht ausdrücklich gesagt wurde, lässt diese Bemerkung doch durchblicken, dass russischerseits ebenfalls die Absicht besteht, die Zustimmung zu den von den Westalliierten unterstützten Anträgen von deren Einwilligung mit Bezug auf Bulgarien, Rumänien und Ungarn abhängig zu machen. Es verläutet auch, dass die Russen sich weigern werden, Vertretungen der Türkei und des Vatikans anzuerkennen. Dagegen nehme die SMA gegenüber Schweden die gleiche Stellung wie gegenüber der

/.

- 3 -

Schweis ein; sie sei bereit, eine beim Kontrollrat akkreditierte Mission zuzulassen. Insofern mag die Meldung des "Dagens Nyheter" zutreffend sein.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Errichtung einer schweizerischen und anderer Anslandsvertretungen beim Kontrollrat zur Zeit vornehmlich davon abhängt, ob und wann der Kontrollrat und seine untergeordneten Organe ihre Tätigkeit wieder aufnehmen werden und alsdann ob es den Westalliierten und den Russen gelingt, ihre eigentlichen Schützlinge von der Gegenpartei berücksichtigen zu lassen.

Da die Spannungen in Berlin derzeit nicht erwarten lassen, dass der Kontrollrat, wenn überhaupt, in nächster Zeit zu konstruktiver Arbeit wieder zusammentreten wird, habe ich die Gelegenheit der oben erwähnten Unterredung mit Herrn Gribanow benützt, um ihm im Anschluss an seine bedeutsame Erklärung über die Stellungnahme der SMA zu einer schweizerischen Vertretung beim Kontrollrat die Frage zu stellen, ob für den Fall, dass sich deren Errichtung verzögern werde, in Erwägung gezogen werden könnte, wenigstens bei der SMA eine schweizerische Vertretung zuzulassen. Ich wies auf die schweizerischen Belange in der Sowjetzone, auf das beiderseitige Interesse am Handelsverkehr zwischen der Schweiz und der russisch besetzten Zone, sowie auf die Tatsache hin, dass die Schweiz in den westlichen Zonen offiziell anerkannte Konsulate unterhalte. Der Einfachheit halber überreiche ich Ihnen in der Beilage eine Aktennotiz über diese Unterredung mit Herrn Gribanow. Sie ersuchen daraus, dass seine Stellungnahme nicht zum vorneherein ablehnend war. Er war indessen auf die Frage offensichtlich nicht vorbereitet und hat sich die Antwort vorbehalten. Auch hat er die Gründe erwähnt, die ihm einem solchen Vorhaben entgegenzustehen scheinen. Dennoch verschloss er sich den vorgetragenen Argumenten nicht und versprach, die Frage zu prüfen. Mit einer raschen und klaren Stellungnahme ist freilich wohl kaum zu rechnen. Vielleicht gelingt es aber, die SMA zu überzeugen, dass sie ein Interesse an der Anerkennung einer schweizerischen Vertretung für die Sowjetzone hat und nicht engherziger sein kann als die Westalliierten, bei denen die Schweiz nunmehr in allen drei Zonen konsularisch vertreten ist.

Ueber die Entwicklung der Frage werde ich Sie laufend unterrichtet halten.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

1 Beilage.